

CDU droht Politiker-Portal

Von Gaby Buschlinger

Die CDU-Fraktion geht gegen eine Aufnahme der Stadtverordneten bei „abgeordnetenwatch.de“ vor. Auch SPD und FDP zeigen sich skeptisch.

Drei reale Mega-Projekte haben die Stadtpolitiker in der Pipeline (Neubau der Horst-Schmidt-Kliniken, der Rhein-Main-Hallen und einer Straßenbahn), aber hoch her geht es gerade wegen des virtuellen Frage-Portals Abgeordnetenwatch.

Die Piraten wollen, dass alle 81 Stadtverordneten auf dem Online-Portal, das es bereits für Bundestags- und Landtagsabgeordnete gibt, vertreten sind und Fragen der Bürger beantworten. Die CDU-Fraktion reagierte auf diese angestrebte „Transparenz-Offensive“ mit einer Klagedrohung. Die Volksparteivertreter sehen in der möglichen Veröffentlichung ihrer Daten wie Geburtsjahr und E-Mail-Adresse eine Verletzung ihres Persönlichkeitsrechts.

Ganz allein stehen die Christdemokraten nicht da. Auch FDP und SPD zeigten sich zumindest skeptisch. Bürgerliste, Linke und Grüne hingegen können über die Verweigerungshaltung der CDU nur den Kopf schütteln.

Der CDU-Stadtverordnete und Rechtsanwalt Hans-Joachim Hasemann-Trutzel kritisiert vor allem das Vorgehen der Piraten, weil diese „vollendete Tatsachen“ schaffen wollten. Das sei kein kollegialer, respektvoller und fairer politischer Umgang. Und alles andere als demokratisch, so Hasemann-Trutzel. „Alle Welt twittert und facebookt“, räumt er ein und betont: „Aber freiwillig.“ Seine Fraktionskollegen wollten „selbst bestimmen dürfen, was von ihnen wo veröffentlicht wird“.

Als ehrenamtliche Stadtpolitiker seien sie „keine Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“, im Gegensatz zu den Berufspolitikern auf Bundes- und Landesebene. Scheu vor Bürgerfragen sei es nicht, warum die 27-köpfige Fraktion der Christdemokraten sich so vehement gegen die Teilnahme an dem Politiker-Portal wehrt, betont deren Justiziar Hasemann-Trutzel. „Wir sind auch ohne abgeordnetenwatch.de erreichbar.“ Fragen können mündlich, schriftlich oder per Mail an die Fraktionsgeschäftsstelle oder die Parteizentrale geschickt werden. „Alle Anfragen werden dann anständig beantwortet.“ Da bei dem Portal öffentlich dargestellt werde, wie viele Fragen beantwortet wurden und wie viele noch nicht, gelte man „schnell als Ignorant“.

Als unbezahlter Kommunalpolitiker wende er in der Woche nach Feierabend ohnehin schon rund 20 Stunden für die politische Tätigkeit auf, sagte Hasemann-Trutzel. Noch mehr Arbeit würde die Bereitschaft für dieses Ehrenamt noch weiter drosseln. Roman Ebener von [Parlamentwatch](http://Parlamentwatch.de) teilte der CDU mit, dass sie keine Frageflut zu befürchten habe. Höchstens liefen „ein bis zwei Bürgerfragen im Monat“ auf, schreibt Ebener. Zudem würde das Portal private Persönlichkeitsrechte achten und nur Daten veröffentlichen, die im Zusammenhang mit der Mandatsfunktion stehen. Das sei nicht rechtswidrig.

Im Fachausschuss wurde das Ansinnen der Piraten mehrheitlich abgelehnt. FDP-Fraktionschef Michael Schlempp fühlte sich „übereumpelt und zum Mitmachen verdonnert“. Auch SPD-Frontmann Sven Gerich hält viel von Transparenz, „aber auf freiwilliger Basis“.

Die Fraktion Linke und Piraten will die Aufnahme bei dem Portal noch mal im Ausschuss für Bürgerbeteiligung beantragen. Der CDU wirft Fachinger „Intransparenz und Hinterzimmerpolitik am Bürger vorbei“ vor.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/wiesbaden/abgeordnetenwatch-cdu-droht-politiker-portal,1472860,11256034.html>

